



UZ

KARL-MARX-UNIVERSITÄT

Universitätszeitung

Organ der

Kreisleitung der SED

10. November 1989

41

76-7
2.9.1.2-455

Wir rufen alle Mitglieder unserer FDJ-Kreisorganisation auf, am kommenden und an jedem weiteren Montag an den Demonstrationen im Leipziger Zentrum sowie wann und wo auch immer in unserem Land teilzunehmen, um aktiv für ein Klima der Vernunft und Toleranz zu wirken, die Escalation der Aggressivität zu verhindern, die nunmehr spürbar wird.

Wir rufen Euch auf, klar und unmissverständlich Eure politische Position zu artikulieren.

Aufruf

Bereit, weil wir glauben, daß der, der ein wahres Interesse an Demokratie und der Realisierung auch seiner politischen Vorstellungen hat, gleichzeitig wirkungsvoll für Vernunft und Toleranz, für eine konstruktive Fortsetzung der begonnenen Wandlungsprozesse in unserem Land einzutreten.

Helft mit, daß die Macht der Straße die Macht des Geistes bleibt!

FDJ-KREISLEITUNG DER KMU

Dieser Aufruf verfaßte nach hitzig verlaufener Debatte zu aktuellem FDJ-Problemen an der Uni die Kreisleitung vor allem in der Hoffnung, daß durch das heftige Auftreten der Studenten unserer Universität bei den Montagdemos die Gefahr von Ausschreitungen, Brutalität und Gewalt gemindert, wenn möglich, beseitigt werden kann.

Diskussion verschoben

Da war sie geplatzt! Unsere Aufmachung für die heutige Seite 1. Der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung hatte für den vergangenen Dienstag gefordert, und Frank Thiel als Sekretär für Wissenschaft sollte sie leiten; die Beratung zwischen den Parteileitungen der Kombinate und jener der KMU zu Fragen der weiteren Gestaltung des Hochschul-Industriekooperations.

Ganz vier Parteisekretäre aus den elf Kombinaten und fünf Betrieben, mit denen die Uni Leistungserbringung auf dem Gebiet der Forschungskooperation abschloß, waren der Einladung gefolgt. Den anderen brannte wohl Wichtiges an den Nägeln.

Eigentlich schade, wollte man doch auf der Beratung den Sinn dieser Parteistobes von allen Seiten befragen, das Für und Wider in offenem Meinungstreit abwiegen. Notwendig geworden war die Bestandsaufnahme, nachdem im letzten Jahr immer mehr die Einsicht wuchs, daß sich Forschungskooperation auf rein staatlicher Ebene bei Erhöhung der Eigenverantwortung der Partner bewegen sollte.

So heute nicht zuletzt der Polit-

bürobeschuß vom Jahre 1985 zu dieser Problematik negative Auswirkungen. Während die seit 20 Jahren gewachsene Zusammenarbeit zum Beispiel zwischen KMU und dem CLG auf Grund des Freiwilligkeitsprinzips und jahrelanger Erfahrungen gut funktioniert, auch in den letzten Jahren geschlossene Vereinbarungen reichlich Nutzen brachten, zeichnete sich mancher neu auf. Teufel kam raus geschlossene Vertrag durch arge Differenzen der Interessenlagen beider Vertragsparteien aus. Entweder die Industrie versuchte auf diese Art Kooperation ihren Nachholbedarf bei der eigenen Forschung zu decken, so mit nicht hochschultypischen Forschungsleistungen und sehr wenigen wissenschaftlichen Neuerungen, oder man berührte die Uni Forschungen, deren Ergebnisse nicht betriebswirksam wurden. Die Forschungskooperation stand nicht zur Debatte. Wohl aber die Form der Einflussnahme der SED auf jede. Also der Parteistob.

Auf der Grundlage eines Arbeitspapiers, erstellt durch die SED-Kreisleitung, wird demnächst diskutiert und hoffentlich zu aller Vorteil entschieden, so-

Verstehen kann ich sie schon! All die Demonstranten, ob nun hier in Leipzig, ob in Berlin oder anderswo, Jene, die da trotz Vielfalt aus transparenten oder in Sprechchören im wesentlichen das gleiche fordern. Also, wenn es je eine Zeit gab, nämlich: die SED solle ihren Führungsanspruch aufgeben.

Das Verständnis meinereits röhrt daher, daß auch ich mich in den letzten Jahren so manches Mal fragte, wußt denn jener Anspruch, zu führen, beruhete. Auf Leistung? Auf Vorbild? Oder etwa darauf, daß man ihn einfach festgeschriebenes habe in dem Vertragsdienst darauf, die Menschen in unserem Land würden ihn schon akzeptieren? Oder auch nicht?

Zugegeben, der Demonstranten der SED hier bei uns zeichnet sich durch Allgemeinheit aus. Nach meiner Ansicht sollte man unterscheiden zwischen dem Festcharakter des Führungsanspruchs in der Verfassung und jener Aufgabe, die sich die Partei in ihrem Statut stellen muß: Nämlich jene Führung in der Gesellschaft, die man beansprucht, zu erstreiten, zu erkämpfen.

die der Mehrheit der Menschen artikulieren kann, verdecken wir bekanntlich den Herren Marx und Engels. Den Ereignissen in den vergangenen Monaten jedoch verdanken wir die Erkenntnis, daß ein selbstherlich gesetzter Führungsanspruch schnell Makulatur wird, glaubt man die Weisheit mit Löfeln gegessen zu haben. So gesehen hat die Partei eben nicht immer recht.

Also: Die SED wäre keine kommunistische Partei, würde sie es sich nicht in ihrem Statut zur Aufgabe machen, den Führungsanspruch erringen zu wollen. An diesem Punkt dürfte das Statut Nachholbedarf haben. Aber genau darum geht es ja: Führen heißt, täglich nachzuweisen, daß man nicht nur die richtigen Antworten weiß, sondern sie auch in Lösungen umsetzt. Zu aller Wohl. Die Führung beanspruchen ist legitim und ein Recht jeder Partei. Ich jedoch per se zu setzen, scheint mir bedenklich. Führungsanspruch und Führungskraft sind wie ein Paar Schuhe. Einer ohne den anderen ist bedingt brauchbar. Und wie jedes Bild, so hinkt auch dieses. Warum? Ein Paar Schuhe kauft man und bestellt sie für immer... -

OLIVER SCHIRG

Gedanken zur Woche

Akademischer Senat beriet

Rector und Akademischer Senat der KMU wandten sich von ihrer Beratung am 7. 11. 1989 tief besorgt über die entstandene politische Lage mit einem Telegramm an den Minister für Hoch- und Fachschulwesen und forderten eine handlungsfähige Regierung, die den Prozeß der Emeruierung konsequent führt und den Beitrag der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz für die Einleitung der Wende in unserem Land einträgt.

Im weiteren würdigte Magistrat Prof. Hennig die konstruktive Mitw-

kung der Uni-Angehörigen an der Erarbeitung von Konzepten für grundlegende Veränderungen in der DDR sowie das Engagement für die vielfältigen Formen des Dialogs. Das für den 25. 11. 1989 einberufene Konzil müsse ein erstes Diskussionsangebot unterbreiten, um die Rolle der Wissenschaft die Universität in unserer Gesellschaft zu bestimmen.

In der Diskussion verteidigte mehrere Senator die Auffassung, daß ein völlig neues Bildungskonzept für unsere Gesellschaft zu erarbeiten und darin der eigenständige Beitrag der Universitäten als höchste Bildungsstätten unseres Landes zu definieren ist. Der Rector wurde darin bestärkt, auf dem Konzil zu folgenden Fragen die Positionen der Unileitung zu entwickeln: 1. Was hat sich bewährt und ist sorgsam zu bewahren? 2. Was ist kurzfristig zu verhindern? Welche langfristigen Aufgaben sind zu formulieren? Zur Untersuchung und Festlegung von Anforderungen und Möglichkeiten bei der Realisierung inhaltlicher Schwerpunkte der Tätigkeit der Uni, z. B. das Demokratieverständnis an unserer Hohen Schule, die Verbefreiung studentischer Interessen, die Funktion des MLG, werden noch Aussprache auf dem Konzil entsprechende Senatskommissionen gebildet, die auf demokratischer Basis arbeiten, Vorschläge für das Konzil 1990 einbringen sollen.

In der Diskussion verteidigte mehrere Senator die Auffassung, daß ein völlig neues Bildungskonzept für unsere Gesellschaft zu erarbeiten und darin der eigenständige Beitrag der Universitäten als höchste Bildungsstätten unseres Landes zu definieren ist. Der Rector wurde darin bestärkt, auf dem Konzil zu folgenden Fragen die Positionen der Unileitung zu entwickeln: 1. Was hat sich bewährt und ist sorgsam zu bewahren? 2. Was ist kurzfristig zu verhindern? Welche langfristigen Aufgaben sind zu formulieren? Zur Untersuchung und Festlegung von Anforderungen und Möglichkeiten bei der Realisierung inhaltlicher Schwerpunkte der Tätigkeit der Uni, z. B. das Demokratieverständnis an unserer Hohen Schule, die Verbefreiung studentischer Interessen, die Funktion des MLG, werden noch Aussprache auf dem Konzil entsprechende Senatskommissionen gebildet, die auf demokratischer Basis arbeiten, Vorschläge für das Konzil 1990 einbringen sollen.

Ihrem Bemühen, konstruktiv bei der Lösung gesamtgesellschaftlicher wie auch studentischer Probleme mitzuverarbeiten, sich zu engagieren, eingeblungen, für den Sozialismus aktiv zu sein?

Darf sich die FDJ jetzt in ähnlicher Richtung Gedanken machen, wird doch von den Studenten gesehen. Gerede deshalb wäre es nicht gut, wenn im alten Stil die FDJ Anspruch darauf erhöhe, daß alles von oben eingeleitet werden und durch irgendwelche Instanzen abgesegnet werden müßt. Gerade das hat doch – verbunden mit einem eigenartigen Misstrauen in Basisaktivitäten, ungeplante Aktionen, nicht vorgeplante Einfälle – die FDJ in den Augen vieler diskreditiert. Entscheidend ist doch, daß sich wie in unserem ganzen Land auch an unseren höchsten Bildungseinrichtungen etwas positiv verändert, und zwar in Richtung des oft schon seit langem Erkannten, nun durch die Volksbewegung unserer Zeit befürchteten und jetzt auch politisch Möglichen. Ich schaue den Veränderungsgeist und die Veränderungskraft der Studierenden nicht leer, freue mich, daß sie ihre – mir manchmal unheimliche – Brüder abzulegen beginnen und aktiv werden und stehen an ihrer Seite.

(Meine Gedanken beruhen auf Untersuchungen unter Studenten.)

Kolloquium am 14./15.11.1989

Die Projektgruppe Medien/Video des Wissenschaftsbüro des Fremdsprachenunterrichts veranstaltet am 14. und 15. November 1989 das I. Kolloquium in der Reihe „Neue Wege beim Fremdsprachenerwerb mit neuen Medien“. Es werden vor allem theoretische Grundlagen und methodische Lösungen zum Videoworkshop im Fremdsprachenunterricht diskutiert. Die Projektgruppe erwartet dazu Gäste aus sieben Ländern und etwa 15 Einrichtungen aus dem Hochschulwesen der DDR.



65 Studenten unserer Uni haben bisher ihre Bereitschaft bekundet, ab 1. Dezember in der Mensa Kellnerdienst zu tun. Weitere Meldungen sind gefragt und im Sekretariat, Abt. Mensen, im Hauptgebäude möglich.

Initiativgruppe wurde gebildet

Am 30. Oktober bildete die Redaktion von SEMINARUM (Forschungs- und Studienmaterialien der Sektion Marxistisch-Leninistische Philosophie an der KMU) die Initiative zur Gründung einer Philosophisch-Humanistischen Gesellschaft Sachsen (DDR). Diese Gruppe lädt diejenigen Menschen, die sich der gestigsten Erneuerung der Gesellschaftsverpflichten fühlen, zur Diskussion über eine Satzung ein, die, unabhängig von Parteien, um Werte der antifaschistisch-demokratischen Tradition und des humanistischen Denkens orientiert sein soll. Kontaktadresse: Michael Händel, Lange Reihe 23, Leipzig, Tel.-Nr. 87 38 69.

Im Gespräch

Die Hauptabteilung Kultur lädt alle Universitätsangehörigen für Dienstag, den 14. November, um 18.30 Uhr zu einer Sonderveranstaltung in den Hörsaal 19 ein. Im Vorfeld der diesjährigen DOK-WOCHE wird Festivaldirektor Ronald Trisch im Gespräch stehen, und einige ausgewählte Wettbewerbsfilme sind zu erleben.

Gewerkschaftsarbeit muß frei von Formalismus sein

Am 2. November fand eine außerordentliche Sitzung des Kreisvorstandes der Gewerkschaft Wissenschaft statt, an der der Vorsitzende des Bezirksvorstandes der Gewerkschaft Wissenschaft und Bildung, BGL-Vorsitzender teilnahm.

Im Verlauf einer mehr als dreistündigen, lebhaften und streitbaren Beratung ergriffen 24 Kolleginnen und Kollegen z. T. mehrfach das Wort.

Einleitend formulierte der KV-Vorsitzende, Dr. Dr. W. Lehmann, in vier Punkten Grundpositionen gewerkschaftlichen Wirkens, die in einem Standpunkt des Kreisvorstandes ihren Niederschlag fanden. Zugleich rief Kollege Lehmann zu einem lebhaften und konstruktiven Gedankenaustausch und Meinungsstreit zum „Diskussionsapéro der Gewerkschaftshochschule“ (Tribüne V. 1. II. 89) auf. Des Weiteren unterschied er die notwendige Profilierung gewerkschaftlicher Tätigkeit in der Universität. In diesem Zusammenhang verzog er die Meinung des Sekretariats des KV, daß der sozialistische Wettbewerb und der Titelkampf „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ nicht überall ad acta gelegt, aber frei von Formalismus. Zahlenspielerei und allen Gängeien letzlich in Entscheidung der zuständigen BGL geführt werden sollte. Er informierte darüber, daß die entsprechenden Richtlinien und Konzeptionen außer Kraft gesetzt sind. Bezugnehmend auf die Gesprächsrunden der „Schu-

len der sozialistischen Arbeit“ formulierte der Redner, daß sie – frei von jeglichem Schematismus – auch künftig ein Forum sich freiwillig zusammenfindender, diskussionsfreudiger und weiterbildungswilliger Kolleginnen und Kollegen darstellen sollten. Die vom KV geplanten zentralen Anleitungen bleiben weiterhin ein Angebot.

Im Ergebnis einer lebhaften, nicht im Detail wiederzugebenden, enthüllende Anforderungen und Hinweise enthaltenden Diskussion, die von der großen Sorge um das verlorengegangene und wiederzuerlangende Vertrauen der Gewerkschaftsmitglieder in ihre Massenorganisation charakterisiert war, wurde beschlossen, einen Standpunkt zu veröffentlichen und Arbeitsgruppen des KV zu Sachfragen zu bilden.

Alle Kommissionen des KV wurden aufgefordert, bis zur nächsten KV-Tagung Überlegungen zur weiteren Arbeit unter den Bedingungen der gesellschaftlichen Wende und der Anforderungen an die Gewerkschaft zu fixieren.

Der vielfachen Aufforderung, in der UZ regelmäßig und umfangreich dem „Wort der Gewerkschaft“ mehr Platz einzuräumen, verstärkt über Ferienplatzvergabe, Verwendung der Beitrags- und Solidaritätsmittel zu informieren, werden wir in den nachfolgenden Ausgaben der UZ Folge leisten.

(Lesen Sie auch Seite 2.)

Heute:

3 Das Ende des langen Schweigens

4 Referat des neuen 1. Sekretärs der SED-KL

5 Programmatischer Vorschlag zur Diskussion

6 Wie zeitgemäß sind Lehrgänge?